

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Lipsch & Reichardt in Dresden.

**Moderne Bäder und Waschtische**  
in verschiedener Ausführung, Herstellung von Wasserleitungen, Warmwasserversorgung vom Küchenherd aus, durch Heißwasserautomaten etc. Muster-Ausstellung aller Wasserleitungsartikel, Klosetts aller Arten, Bildes. **Telephon 402.** **Friedrich Gappisch, Marienstrasse 11.**

**Anzeigen-Zarif.**  
Annahme von Anzeigen bis nach 3 Uhr, Sonntags nur bis 12 Uhr. Die einseitige Bezahlung ist 10 Pf. für 10 Zeilen, 20 Pf. für 20 Zeilen, 30 Pf. für 30 Zeilen, 40 Pf. für 40 Zeilen, 50 Pf. für 50 Zeilen, 60 Pf. für 60 Zeilen, 70 Pf. für 70 Zeilen, 80 Pf. für 80 Zeilen, 90 Pf. für 90 Zeilen, 1,00 Mk. für 100 Zeilen. — In den Sonntags- und Feiertags-Nummern sind die Anzeigen zu besonderen Bedingungen zu begeben. — Jahres-Bezahlung folgt in Pf.

**Bezug-Verfahren**  
Die für den 1. April 1912 anfallende Ausgabe der Dresdner Nachrichten ist durch die Post (Postamt 10) zu beziehen. Die den Abonnenten zu sendende Karte ist zu befüllen und an die Post zu senden. Die Karte ist zu befüllen mit dem Namen, der Adresse und dem Postamt. Die Karte ist zu befüllen mit dem Namen, der Adresse und dem Postamt. Die Karte ist zu befüllen mit dem Namen, der Adresse und dem Postamt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.  
Fernsprecher: 11 \* 2006 \* 3601.

Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38/40.

**Dr. Ziegelroths Sanatorium**  
Krummhübel im Riesengebirge.  
Physikalisch-diätetische Behandlung.  
Speziell für Winterkuren eingerichtet.

**Gegen Husten u. Heiserkeit**  
**Menthol-Katarrh-Pastillen**  
Glas 1 Mk., echt mit Schutzmarke Mutter Anna. Versand n. auswärts. Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.

**Techn. Gummiwaren**  
für alle Arten Betriebe.  
Dichtungen, Gasbeutel, Schläuche, Transportmittel etc. etc.  
**Reinhardt Leupolt, Gummiwarenfabrik**  
Dresden-A., Wettinerstraße 26. **Telephon 280.**

**Reisekoffer, Reise-Artikel, Lederwaren. Adolf Näter, 26 Prager Strasse 26.**  
Größtes Lederwaren-Spezialgeschäft

**Für eilige Leser.**  
Unmögliche Witterung: Wechselnde Winde, aufhetzend, etwas fäulter.  
Der Rat ist dem Beschlusse der Stadtverordneten, den **Wahlpreispis** vom 1. April 1912 an auf 18 Pf. festzusetzen, beigetreten; vom 1. April 1913 ab soll er 18 Pf. betragen.  
An der gestrigen Sitzung des Reichstages gab Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg eine Erklärung über die Beziehungen zwischen England und Deutschland ab.  
Die Hamburger Hoch- und Untergrundbahn wurde gestern feierlich eingeweiht.  
Im Anstand des Grafen Lehrenthal ist eine bedenkliche Verschlechterung eingetreten.  
Nach Meldungen aus Brüssel soll in einer dortigen geheimen Delegiertenversammlung beschlossen sein, am 1. März einen allgemeinen internationalen Bergarbeiteraustausch zu proklamieren.

der Tat ein Teil der Nationalliberalen für den Zentrumsantrag stimmen, so würde er damit weiter in die Fußstapfen Bassermanns treten, der auch für die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes getreten ist.  
Nichts erhellt besser als diese Tatsache, welches Vertrauen Herr Bassermann für seine Partei gewonnen ist, und wie recht wir hatten, als die „Dresdner Nachrichten“ im Jahre 1905 aus Anlaß der Wahl Bassermanns zum Vorsitzenden des Zentralverbandes der nationalliberalen Partei schrieben: „Nimmt man hierzu noch den weiteren Umstand, daß Herr Bassermann nicht einmal in der den gesamten gemäßigten Liberalismus gründlich so tief verhöhrenden Frage der Bekämpfung des Ultramontanismus in einwandfreier Weise seinen Mann gestanden hat, indem er feinerakt für die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes eintrat, so muß es dem unbefangenen Beurteiler doch recht fraglich erscheinen, ob die weitere Entwicklung der Dinge der „Recht“ nicht geben wird, die den Tag der Wahl des Abgeordneten Bassermann zum Vorsitzenden des Zentralverbandes als einen „glückverheißenden“ für die nationalliberale Partei in Anspruch nimmt. Die sachliche Wahrscheinlichkeit spricht vielmehr dafür, daß unter der Führung Bassermanns die politischen und wirtschaftlichen Gesetze im Nationalliberalismus eine weitere Verschärfung erfahren und den einseitigen Gesamtcharakter der Partei noch mehr als bisher in Frage stellen werden.“  
Es ist gerade, als ob sich alle guten Geister gegen das Empfinden des nationalen und besonders des evangelischen Deutschland verschworen hätten. Alle Feinde des Ultramontanismus und evangelischer Bewusstseinsfreiheit finden sich in einer erdrückenden Mehrheit von Ultramontanen, Sozialdemokraten, Fortschrittlichen, Polen und — womöglich Nationalliberalen unter Herrn Bassermann zusammen, um das letzte Bollwerk gegen jesuitische Intrigen und ultramontane päpstliche Machtgelüste zu Falle zu bringen! Dieser Vorstoß des Zentrums veranlaßt natürlich als alles andere, welches nationale Glend durch die jetzige Zusammensetzung des Reichstages heraufbeschworen worden ist. Alles dessen klammert sich an die harte treue Persönlichkeit unseres Kaisers und das vaterländische Gefühl der Bundesregierungen! Herr von Bethmann-Hollweg philosophiert inzwischen.

haffes, und gerade deswegen griff ihn noch vor wenigen Wochen die liberale englische Presse, der im Hinblick auf die bevorstehende deutsche Marinevorlage eine Verhandlung mit Deutschland wieder einmal opportun erschien, auf das heftigste an, ein Verfahren, das an dieser Stelle gebührend kritisiert worden ist. Ausgerechnet dieser Mann ist der höchsten Ehre teilhaftig geworden, die Englands König zu verleihen hat. Warum? Die unmöglichen Kombinationen sind aufgestellt worden, alle aber sind leere Vermutungen geblieben.  
König Georg V. von England hat in einer feierlichen Thronrede das Parlament eröffnet. Diese englischen Thronreden pflegen in großen Zügen die Politik des Königreichs zu skizzieren, und so ist denn auch diesmal vom italienisch-türkischen Krieg, von Persien, China, Indien usw. ausführlich die Rede, nur über einen Punkt schweigt die Thronrede, nämlich über die Beziehungen zu Deutschland. Ein beredtes Schwelgen, und Bonar Law, der konservative Führer, hat in der Debatte seine Verwunderung darüber ausgesprochen. Man denke: die ganze Welt ist in der höchsten Spannung, ob die Reise Saldanes wirklich die vielerörterte deutsch-englische Annäherung bringen wird, und die englische Thronrede, die jedes andere politische Ereignis genau erwähnt, erwähnt diese Frage mit keinem Wort.  
Zugleich kommt die Nachricht, daß die Festigkeit der deutschen Marinevorlage erheblich beschnitten werden soll. Diese Meldung bedarf noch der Bestätigung. Bewahrheitet sie sich, so kann man wohl folgern, daß Saldanes Reise ein Mißerfolg gewesen ist. Die Auszeichnung Grens und das Schwelgen der Thronrede würden sich dann daraus erklären. Dann würden die recht behalten, die als den Zweck der Reise des englischen Kriegsministers die Einschränkung der deutschen Rüstungen bezeichneten. Churchill's Rede, die Deutschlands Notte als einen Luxus bezeichnete, wäre dann durchaus kein Herausfallen aus dem Programm der Regierung. Diese Auffassung hat viel für sich und entspräche Englands bisheriger Politik. Andererseits wird behauptet, die Auszeichnung Grens sei die Anerkennung für den Erfolg der Mission Saldanes, und die Thronrede schwäche, weil sie in die werdende Verhandlung nicht einreisen wolle. Merkwürdig, daß dann Saldane, der doch das größte Verdienst hätte, leer ansdaraugen ist. Welche Auslegung die richtige ist, wird ja bald zutage treten.

**Das Zentrum auf dem Marsche.**  
Das Zentrum hat es diesmal sehr eilig, eine allgemein harte Stellung im Reichstag auch äußerlich zum Ausdruck zu bringen. Nachdem es in allen Sessionen den Avancen oder den kleinen Toleranzanträgen einzuweichen pflegte, so nach den mehr oder weniger günstigen Ausfichten, hat es diesmal sich vorläufig damit begnügt, den Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes wieder einzubringen. Dieser Antrag ist ein alter Bekannter, er war selber im Toleranzantrag miteinhalten, bis er schließlich getrennt anzutreten pflegte.  
Im Jahre 1901 beschloß der Bundesrat unter der Reichstagsanerkennung des Fürsten Bülow, dem wiederholten Beschlusse des Reichstages beizutreten und den § 2 des Jesuitengesetzes vom 4. Juli 1872 aufzuheben. Dieser Paragraph lautet: „Die Angehörigen des Ordens der Gesellschaft Jesu oder der ihm verwandten Orden oder ordensähnlichen Kongregationen können, wenn sie Ausländer sind, ausgewiesen werden; wenn sie Ausländer sind, kann ihnen der Aufenthalt an bestimmten Bezirken oder Orten verweigert oder angewiesen werden.“ Mit dem Beschluß dieses Paragraphen hatte das ganze Jesuitengesetz in der Tat seine Stütze verloren. Es blieb nur noch der § 1 des Gesetzes, der folgendes bestimmt: „Der Orden der Gesellschaft Jesu und die ihm verwandten Orden und ordensähnlichen Kongregationen sind vom Gebiete des Deutschen Reiches ausgeschlossen. Die Errichtung von Niederlassungen derselben ist untersagt.“ Auch diese letzte Säule einer einst zielbewussten antikamontanen Reichspolitik soll nun fallen, vorausgesetzt, daß Reichstag und Bundesrat sich den Wünschen des Zentrums fügen.  
Während sich über die Stellungnahme des Bundesrates heute noch nichts Bestimmtes sagen läßt, ist es nicht zweifelhaft, daß der Reichstag dem Zentrumsantrag zustimmen wird. Die alte Mehrheit, die einst in dem Triumvirat Windthorst, Grillenberg und Richter ihren Ausdruck fand, ist heute wieder vorhanden, nur daß heute die Anhänger der Sozialdemokraten, die ohne alle Abhängigkeit über mehr als 200 Stimmen im Reichstage verfügen, schon allein genügen, das Gesetz zustande zu bringen. Gewiß hat sich das Zentrum in nationaler Hinsicht wesentlich gebessert, in kirchenpolitischer Hinsicht sind aber die Ziele des Zentrums dieselben geblieben. Daran kann gar kein Zweifel sein. Trotzdem aber wird der mit der Devise: gegen den „Blutschwarzen Hord“ gewählte Reichstag dieser Verschärfung der ultramontanen Nachstellung im Deutschen Reich zustimmen. Diesmal wird die Mehrheit sogar eine geradezu überwältigende sein, da Zentrum, Sozialdemokraten, Polen, Welfen, Elsäßer und Fortschrittler mehr als 270 Stimmen aufzuweisen haben. Ja, es ist diesmal sehr die Frage, ob die Nationalliberalen, die bereits im Kampf gegen die Auswüchse des Ultramontanismus ihre Hauptaufgabe erledigt, geschloffen gegen den Antrag stimmen werden. Die Sozialdemokratie hat ihre Hilfe bei den Stichwahlen davon abhängig gemacht, daß die betreffenden Kandidaten sich verpflichten, gegen jedes Ausnahmegesetz zu stimmen. Dazu gehört unzweifelhaft das Jesuitengesetz. Würde in

**Nach der Reise.**  
Kriegsminister Saldane ist wieder in London und Staatssekretär Dr. Solf wieder in Berlin. Zwei Reisen mit vorgeschätzten Zielen haben somit ihr Ende erreicht. Herr Saldane wollte nur seinen Bruder nach Berlin begleiten, und Dr. Solf interessierten lediglich die Diamantenpreise in London. Wie beide Reisen aber hochpolitische Zwecke verfolgten, wird jetzt nicht einmal mehr offiziös abgelehnt. Welche politischen Fragen die beiden Staatsmänner aber lösen wollten, darüber bewahrt man tiefes Schwiegen. Und so begann in ganz Europa ein fröhliches Rätselraten, das doch nicht ganz ungefährlich sein dürfte. Der immer gründer Optimismus zahlreicher Deutscher wie englischer Politiker baute bereits hohe Luftschlöcher, in denen Deutschland und England brüderlich umschlungen in ewigem Frieden leben sollten, und die Realpolitiker waren ernstlich beforat um den Frieden der Welt, eingedenk der Tatsache, daß hinter englischen Lebenswürdigkeiten meist der krasse Egoismus lauert. Es wäre daher vielleicht besser gewesen, man hätte von Amts wegen der öffentlichen Meinung mitgeteilt, was ungefähr der Gegenstand des Gedankenaustausches gewesen ist. Das hat man bisher nicht getan, vielleicht hat man die Tatsachen für sich sprechen lassen wollen.  
Inzwischen ist Sir Edward Grey zum Ritter des Hosenband-Ordens ernannt worden, eine ungemein hohe Auszeichnung, die, wie englische Mütter berichten, innerhalb von 20 Jahren nur vier Mitgliedern des Unterhauses zuteil geworden ist. Sir Edward Grey ist bekanntlich seit Jahren englischer Minister des Auswärtigen und einer der eifrigsten Förderer der englischen Entreisungs politik Deutschland gegenüber. Seine Politik im Jahre 1911 hat die Welt direkt an den Rand des Krieges gebracht. Grey ist also die Verkörperung des englischen Deutschen-

**Neueste Drahtmeldungen**  
vom 15. Februar.  
**Deutscher Reichstag.**  
Berlin. (Priv.-Tel.) Die Generaldebatte zum Etat wird fortgesetzt. Abg. Dr. Frank (Soz.) verbreitet sich zunächst über die Präsidentenwahl. Er meint, vielleicht werde es in Zukunft wieder gelingen, die kaiserliche Funktion des Hauses von der Mitführung der Geschäfte zu verdrängen. Es wäre das aber kein Sieg des Parlamentarismus über die Revolution, sondern ein Sieg des Zwillbürgerturns. Es scheint, als ob auch die Regierung eine Ähnung davon habe, daß sich neue Kräfte entsalten wollten, denn in der Thronrede wurde erklärt, daß die Entwicklung nicht stillstehe. Wenn die wichtigsten Aufgaben gelöst werden sollten, müßte die Volkvertretung die Initiative und die Führung haben. Redner forderte Milderung der Wahlkreisenteilung, Kampf ums Recht gegen die Verwahrlosung, gegen die rückwärtigen Reichsämter, gegen die Bevorzugung des Adels, Reform der Geschäftsführung, Ausbau der Gesetzgebung in Bezug auf die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, Verbesserung von Rechtsprechung und Strafrecht. Der Kampf gegen die Lebensmittelpolitik werde nicht aufhören. Vorläufig verlanne er die Suspension des Kartoffelzölles, die Desinnung des Landes für gefrorenes Fleisch und die Aufhebung der Futtermittelzölle. Er vertritt weiter verschiedene Forderungen auf dem Gebiete des Beamten- und Arbeiterrechts, verlangt eine Wohnungsreform, Frauenstimmrecht, das Reichstagswahlrecht für Preußen, Aufhebung der Zunder, Fahrkarten- und Streichholzsteuer und Deckung des Ausfalls durch Erb-anfallsteuer. Die finanzielle Zukunft des Reiches liege in der Einführung direkter Steuern, vielleicht in Verbindung mit großen Reichsmonopolen. Für eine Vermehrung des Heeres lägen keine sachlichen Gründe vor. Die Sozialdemokratie sei eine gewaltige reichliche Erscheinung. „Sie steht“ schließt Redner, „in dem Gefüge Ihrer sogenannten Ordnung wie ein Keil; je mehr Sie auf den Keil losgeschlagen, desto fester wird er liegen, und desto tiefer wird er eindringen.“ Beifall bei den Sozialdemokraten und Handklatzungen. Präsident Raemf erklärt, daß das Handklatzen zu unterbleiben habe, da es hier nicht üblich sei. — Abg. Zedl (Nrl.): Die Frage der Deckung der neuen Mehrvorlagen ist noch ganz ungeklärt. Be-